

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich meine diesjährigen Ausführungen zum Jahresbeginn mit einem Zitat aus einem Artikel vom 12.01.2015 der Badischen Neuesten Nachrichten beginnen, der sich mit Neujahrsempfängen beschäftigt. Dort wird die Meinung von regionalpolitischen Größen wie Europaabgeordneten und Kreisvorsitzenden von Bundesparteien wiedergegeben, die anscheinend so aussehen: „... Überdies nutzen viele Bürgermeister die Neujahrsempfänge dazu, ihre Vorstellungen, ja kommunalpolitische Visionen, im wahrsten Sinne des Wortes unters Volk zu bringen. Und das mitunter empirisch breit.“ Und weiter: „Wenn schon ein exponierter Redner, ..., ans Mikrofon tritt, sollte dessen Rede einen guten Gedanken aufgreifen. 15 bis 20 Minuten reichen dafür vollkommen aus.“

Deshalb, ja, meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, auch der Bürgermeister aus Eggenstein-Leopoldshafen möchte die Gelegenheit nutzen Ihnen als „Multiplikatoren“, wie Sie als Besucher des Empfangs im angesprochenen Artikel bezeichnet werden, seine Vorstellungen zu erläutern. Ob es sich dabei um Visionen handelt, oder, wie ich persönlich schlichtweg glaube, um die Darstellung kommunalpolitischer Notwendigkeiten und Chancen, möchte ich Ihrer eigenen Beurteilung überlassen. Ob ich als exponierter Redner dabei einen oder gar mehrere gute Gedanken aufgreifen werde und mir 15-20 Minuten Redezeit dafür ausreichen, sollten wir einfach mal abwarten.

Ich werde mich aber durchaus bemühen, die sicherlich gut gemeinten Ratschläge der regionalpolitischen Größen zu berücksichtigen und mich auf einige wenige Themenschwerpunkte konzentrieren, die die kommunalpolitische Arbeit hier in unserer Gemeinde in der nächsten Zeit wesentlich bestimmen werden.

Allgemeine gesamtpolitische Entwicklung

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben nun mal nicht auf der Insel der Glückseligen und sind deshalb selbstverständlich auch von den Auswirkungen der bundes- und landespolitischen Geschehnisse betroffen wie alle anderen Kommunen.

Das derzeit alles überlagernde Thema ist sicherlich die Islamismuskussion, die über die Kriege im Nahen Osten, den Flüchtlingsstrom, die PEGIDA-Bewegung und zuletzt die Terroranschläge in Frankreich die Medienberichterstattung bestimmen. Dabei sind die aktuellen Umfrageergebnisse, nämlich dass 70% der ostdeutschen Bevölkerung die Demonstrationen gut finden, aber 75% Menschen gar nicht wegen der drohenden „Islamisierung“, sondern aus völlig unterschiedlichen Gründen auf die Straße gehen, schon bemerkenswert. Ebenso bemerkenswert, um nicht zu sagen erschreckend, sind die Töne, die nach der Berichterstattung auf der Landesversammlung Baden-Württemberg der AfD gestern in Karlsruhe angeschlagen wurden.

Inzwischen war die EURO-Finanzkrise fast völlig in den Hintergrund getreten und hat erst mit der Diskussion um den nun anscheinend doch denkbaren Austritt oder Ausschluss von Griechenland aus der europäischen Einheitswährung sowie der Schweizer Entscheidung zur Frankenabkopplung wieder Beachtung gefunden. Die fast beispiellos niedrigen Zinsen führen einerseits zu einer fortgesetzten Bestrafung aller

Sparer und zu großen Problemen bei den Altersversorgungssystemen, die auf Kapitalbildung fußen. Der mit dem niedrigen Zinsniveau ausgelöste Immobilienboom und die vermehrten Investitionen in das so genannte Betongold bergen erfahrungsgemäß die große Gefahr, dass bei steigenden Zinsen viele, vor allem private Finanzierungen platzen.

Auch ein boomender Arbeitsmarkt trotz Mindestlohn und angeblich pessimistischer Entwicklungseinschätzungen der Wirtschaft, der schnell um sich greifende Fachkräftemangel, rücken erst wieder nach der Meldung über eine bereits für das Jahr 2014 eingetretene „schwarze Null“ im Bundeshaushalt in den Focus. Erstmals seit 1969 benötigt der Bund keine neuen Kredite, man könne endlich auf die Belastung kommender Generationen verzichten (und das bei 4-stelligen Mrd.-Schulden) und die Dauerwahlkämpfer reden schon von weiteren erheblichen Entlastungen der Steuerbürger. Vergessen sind offensichtlich die dringend notwendigen Investitionen zugunsten nachfolgender Generationen in eine zunehmend marode Infrastruktur.

Die Nachricht über den gescheiterten „Schulfrieden“ zwischen den Parteien in Stuttgart war schnell wieder vergessen, obwohl sich nichts bewegt hat. Nach wie vor finden, wie ich behaupten möchte, im Blick auf 2016 rein wahltaktische Grundsatzdiskussionen über die Gemeinschaftsschule statt, obwohl schon lange von allen landespolitischen Akteuren erklärt wurde, dass wir dauerhaft ein zweigliedriges System weiterführender Schulen bekommen und eine Ganztagesbetreuung von Kindern und Jugendlichen inzwischen Alltag ist. Trotzdem gibt es nach wie vor keine wirklich systematische regionale Schulplanung oder gar verbindliche Festlegungen bei der Schulbauförderung. Die neuen Bildungspläne lassen auf sich warten. Inzwischen lässt man in unserem Bundesland einfach mal alles zu, was dazu dient die gegensätzlichen Meinungen bei Eltern, Lehrern, Schulen und Kommunen zu befriedigen – auch kleinste Schulen dürfen Gemeinschaftsschule werden, Hauptschulen und Realschulen dürfen als Schulverbünde weiterwursteln, an den Hauptschulen kann man schon einige Zeit den Realschulabschluss machen, jetzt auch an Realschulen den Hauptschulabschluss, Gymnasien müssen nach Elternwillen auch Schüler aufnehmen, die objektiv die Ansprüche nicht erfüllen können.

Unser Bundeskartellamt hat die wichtige Aufgabe den Wettbewerb zu schützen, darauf zu achten, dass alle am Markt Agierenden gleiche Chancen haben und sich nicht Einzelne einen Vorteil zuungunsten der Verbraucher verschaffen oder sich ungerechtfertigt bereichern. Dieses Amt hat sich nun die baden-Württembergische Forstverwaltung vorgenommen und festgestellt, dass die bewährte gemeinsame Forstverwaltung und Holzvermarktung von Landes- und Kommunalwäldern unzulässig weil wettbewerbsschädlich sei. Dies bedeutet, dass bewährte öffentliche Strukturen aufgelöst werden müssen und eine Gemeinde sich zukünftig auf ihrer Gemarkung mit mindestens zwei Förstern auseinandersetzen und im Extremfall sogar ihr Holz selbst vermarkten muss. Das hat nicht nur kostenmäßige, sondern auch qualitative Auswirkungen.

Die Energiewende ist in Deutschland unumkehrbar und in vollem Gange – oder vielleicht doch nicht so ganz? Durch die enormen Subventionen bei Bio-, Wind- und Solarenergie ist der Anteil an erneuerbaren Energien stark angestiegen. Allerdings fällt der Strom keinesfalls dort an, wo und auch nicht dann, wann er gebraucht wird. Man

braucht neue Stromtrassen, die keiner haben (St. Florian lässt grüßen) und keiner finanzieren will (Ausstieg der großen Stromkonzerne aus der Leitungsinfrastruktur). Bezahlen muss das am Ende halt der Stromverbraucher – das wäre ja auch in Ordnung, wenn es da nicht die vielen Ausnahmen geben würde. Deshalb ist es nun eben der kleine Mann, der keine Befreiung von der Stromsteuer wegen internationaler Konkurrenzsituation beantragen kann. Ganz in den Hintergrund getreten ist die Problematik der Entsorgung der Hinterlassenschaft der letzten Generation der Stromversorgung, unser Atommüllproblem. Man hat eine Kommission gegründet, die sich in den nächsten Jahren zunächst aber nicht mit der Endlagersuche beschäftigen wird, sondern erst einmal mit dem Verfahren, wie man vorgehen will. Inzwischen platzen die Zwischenlager bundesweit aus allen Nähten - auch in Leopoldshafen bei der WAK, die gezwungen ist ihre Kapazität für schwach- und mittelaktiven Abfall zu erweitern.

Das Internet, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist schon lange kein Spielzeug von EDV-Freaks mehr, sondern ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, genauso wie Wasserversorgung, Abwasser- und Müllbeseitigung. Die Telekommunikation mit der Privatisierung vollständig dem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu überlassen, hat dazu geführt, dass wir auf kommunaler Ebene nun eine Zweiklassengesellschaft haben, eben die mit schnellem Internet und die, die es nicht haben, weil es sich für die wenigen Netz-Anbieter nicht lohnt eine entsprechende Infrastruktur aufzubauen. Bund und Land sehen sich veranlasst über den Umweg der staatlichen Förderung wieder massiv in die Breitbandversorgung einzusteigen, doch auch dies reicht in den wenigsten Fällen aus. Kommunen sind jetzt vielfach gezwungen selbst für leistungsfähige Netze zu sorgen, wenn sie als Wohn- und Arbeitsstandort attraktiv bleiben wollen.

Die Bevölkerungsentwicklung zeigt das, was wir schon längere Zeit kennen. Wir schrumpfen, wir werden immer älter und wir bekommen zunehmend ein Problem bei Fachkräften einerseits und in der Pflege und Betreuung von Senioren andererseits. Dabei gibt es naturgemäß bundesweit Gewinner und Verlierer. Während insbesondere der ländliche Raum eine stark rückläufige Bevölkerungsentwicklung verzeichnet, boomt der Zuzug in die Ballungszentren, auch in die Region um Karlsruhe. Ungeachtet dessen hat die vorletzte Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes für unsere Gemeinde ebenfalls einen voraussichtlichen Rückgang gemeldet. Basis waren damals die Jahre vor Entwicklung des Neubaugebietes Viermorgen III. Inzwischen wurde die Vorausrechnung aktualisiert. Sie basiert jetzt auf den Zeiten als dieses Gebiet uns rund 1.300 neue Einwohner gebracht hat. Doch dies nunmehr als gesicherte Entwicklung für die kommenden Jahre zu interpretieren, wäre natürlich völlig verfehlt. Abgesehen davon, dass der regionale Erfolg täglich neu erarbeitet werden muss, hängt die örtliche Situation noch ganz wesentlich von den Entscheidungen des Gemeinderates und dem ab, was uns die Landesentwicklungs- und die Regionalplanung überhaupt zugesteht.

Kommunale Auswirkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage: „Was will er uns eigentlich damit sagen?“ ist sicherlich zulässig. Sie beantwortet sich jedoch nahezu von selbst. Alle diese bundes- und landespolitischen Themen sind genau die, die uns in ihren

Auswirkungen in den kommenden Monaten und darüber hinaus ganz direkt betreffen werden.

Deshalb möchte ich heute auf den sonst üblichen Rückblick auf die Erfolge des vergangenen Jahres verzichten, sie kennen alle unsere großen Projekte, die erfolgreich abgeschlossen wurden. Lassen Sie mich stattdessen einen Ausblick auf die Fragestellungen des Jahres 2015 wagen, mit denen sich die kommunalpolitisch Verantwortlichen und Interessierten konkret auseinandersetzen müssen.

Dabei möchte ich versuchen Ihnen zu beweisen, dass Kommunalpolitik nicht schwarz-weiß ist, sondern viele Facetten hat, was auch ihren Anspruch an Qualität und Engagement der Verantwortlichen ausmacht. Ich glaube dabei klar machen zu können, dass die drei Begriffspaare „Pflichtaufgaben und Visionen“, „Fremdbestimmtheit und Entscheidungsfähigkeit“ sowie „Gemeinsamkeit und Selbstbewusstsein“ durchaus keine unvereinbaren Gegensätze darstellen müssen.

Ich muss diejenigen enttäuschen, die jetzt von mir erwarten, dass ich eine konkrete Planung für das Jahr 2015 vorstelle. Dies steht in vier Wochen bei der Einbringung des Haushalts und der Mittelfristplanung an und ich werde heute weder den Verwaltungsvorbereitungen noch den Fraktionsdiskussionen im Anschluss vorgreifen.

Asyl

Ein Thema wird uns erst im Laufe des Jahres intensiv beschäftigen, obwohl es bereits in aller Munde ist – die Unterbringung von asylsuchenden Flüchtlingen. Bekanntlich haben die Flüchtlingsströme in den vergangenen Monaten stark zugenommen und ein Ende ist nicht abzusehen. Für uns muss klar sein, dass wir der Verpflichtung unseren Teil beizutragen nicht nur wahrnehmen, sondern die vielbeschworene „Willkommenskultur“ ernst nehmen. Neben der Tatsache, dass zur gerechten Verteilung der Lasten im Landkreis auch die Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen zum Standort einer Gemeinschaftsunterkunft als zweiter Stufe der Flüchtlingsunterbringung werden wird, steht die Aufnahme von rund 150 Personen in der Anschlussunterbringung in den nächsten 3 Jahren an. Dabei geht es beileibe nicht nur um Schaffung geeigneten Wohnraums, sondern auch um die Betreuung und Integration dieser Menschen in unsere Ortsgemeinschaft. Das stellt hohe Ansprüche an die Gemeindeverwaltung und bedingt nicht unerhebliche finanzielle Aufwendungen, da es trotz formaler Zuständigkeit des Landes bzw. Landkreises nicht ausbleiben wird, dass sich die Gemeinde direkt engagiert. Darüber hinaus wollen wir soweit das möglich ist, Flüchtlinge dezentral in unserem Ort unterbringen und hoffen dabei auf die Solidarität potentieller Vermieter geeigneten Wohnraums. Kontraproduktiv ist dabei natürlich ein Leserbrief in den BNN, bei der ein Vermieter seinen Frust über eine Mieterin niederschreibt. Man muss aber wissen, dass es sich hierbei um eine in Karlsruhe geborene deutsche Staatsbürgerin handelt, die mit der Problematik der Unterbringung von Asylsuchenden und mit der Gemeindeverwaltung als Partner des Vermieters in solchen Fällen nichts zu tun hat. Leider erweckt der Leserbrief genau diesen Eindruck. Ohne ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement bei der Betreuung der Flüchtlinge wird keine erfolgreiche Integration möglich sein, schon deshalb weil die meisten von ihnen mit stattlichen Stellen schlechte Erfahrungen gemacht haben, aber auch weil es die vorhandene Personalkapazität sowohl beim Landkreis

als auch bei der Gemeinde unmöglich macht. Ich bin deshalb sehr froh, dass sich frühzeitig ein Runder Tisch auf Initiative der örtlichen Kirchengemeinden gebildet hat, dem es hoffentlich gelingen wird die auch bei uns vorhandene Bereitschaft sich zu engagieren in sinnvolle Bahnen zu lenken.

Schulen

Bereits im Jahr 2012 hat sich der Gemeinderat nach ausführlichen Diskussionen entschlossen die bestehende Grund- und Werkrealschule in eine Gemeinschaftsschule mit Ganztagsgrundschule weiterzuentwickeln. Vorangegangen waren intensive Gespräche der Bürgermeister der Hardtschiene von Graben-Neudorf bis Eggenstein-Leopoldshafen, die eine gemeinsame Lösung der Schulproblematik zum Thema hatten. Leider waren die aus meiner Sicht sehr erfolgversprechenden gemeinsamen Ansätze, die mittelfristig alle Bildungsstufen auf der Hardt ermöglicht hätten, nicht umsetzbar. Dies lag teilweise an der doch sehr zurückhaltenden Unterstützung der Schulverwaltung, die erst klare Vorgaben aus dem Ministerium abwarten wollte, teilweise aber auch an der strikten Ablehnung durch Gemeinderatsgremien bzw. Schulleitungen in Nachbarorten. So musste jede Gemeinde ihre eigene Lösung suchen. Als Alternative zur völligen Aufgabe des Schulstandorts wegen mangelnder Schüler startete unsere Gemeinschaftsschule mit zwei fünften Klassen in diesem Schuljahr. Dabei konnten wir auch einige Schülerinnen und Schüler aus Karlsruhe-Neureut bei uns aufnehmen, was vom Oberbürgermeister Frank Mentrup als Zeichen der guten interkommunalen Zusammenarbeit zwischen dem Oberzentrum und der Gemeinde ausdrücklich begrüßt wird. Der Ausbau der Gemeinschaftsschule über alle Klassenstufen hinweg bedeutet mittelfristig auch zusätzlichen Raumbedarf im Schul- und Sportzentrum am Buchheimer Weg. Hiermit wird sich die Arbeitsgruppe des Gemeinderates zusammen mit Verwaltung und Schulleitung in den nächsten Tagen intensiv beschäftigen müssen.

Kinderbetreuung

Nicht ganz so erfolgreich war der Start der Ganztagsgrundschule. Hier konnte mangels Nachfrage nur eine Mischklasse aus Regel- und Ganztagschülern formiert werden. Das liegt aber sicherlich nicht am mangelnden Bedarf an Ganztagsbetreuung der Grundschüler, sondern eher daran, dass die außerschulische Betreuung der Gemeinde in den Schülerhorten schon bisher auf einem qualitativ sehr hohen Niveau angeboten wurde. Im Gegensatz zur Intention der Landesregierung wollen wir dieses Angebot aber nicht abschaffen, sondern als alternative Möglichkeit beibehalten. Darüber hinaus beschäftigt sich eine weitere Arbeitsgruppe des Gemeinderates zusammen mit einer Elterninitiative mit der Flexibilisierung der Hortbetreuung. Oberste Prämisse für die Gemeinde muss dabei aber die Sicherstellung der Betreuungsqualität sein.

Mit dem Neubau des Kindergartens in der Neckarstraße haben wir die Kapazität soweit erhöht, dass wir auch weiterhin bis auf wenige Ausnahmen das Recht auf einen Betreuungsplatz, auch von Kindern unter 3 Jahren, im benötigten Umfang zukünftig ohne Warteliste gewährleisten können. Nunmehr sollte auch an das letzte öffentliche Gebäude herangegangen werden, das einer Sanierung bedarf – den Kindergarten Spielkiste in der Hauptstraße. Weiterhin hat der Erzieherinnenmangel auch uns er-

reicht und es ist außerordentlich schwierig die freien Stellen mit qualifizierten Kräften zu besetzen.

Wasserversorgung

Schon seit langer Zeit verhandeln wir mit dem KIT über den Kauf des Wasserwerkes im Tiefgestade. Nachdem wir diese Einrichtung über zwei Jahrzehnte pachtweise für unsere Wasserversorgung nutzen, ist es höchste Zeit in die veralteten technischen Anlagen zu investieren, was leider nach dem ursprünglichen Vertrag Sache des Pächters wäre. Um unseren Einwohnerinnen und Einwohnern auch zukünftig eine sichere und qualitativ gute Trinkwasserversorgung zu gewährleisten, wollen wir das Wasserwerk kaufen und auf den neuesten Stand der Technik bringen. Ich hoffe, dass wir dies in Kürze erfolgreich abwickeln können.

Straßen- und Gehwegsanierung

Ein Dauerthema ist die Straßen- und Gehwegsanierung, welche immer mit den entsprechenden Maßnahmen im Abwasserbereich verbunden ist. Optimal nach unserer langfristigen Planung wäre eine jährliche Investition von rund 2 Mio. € in diesen Bereich. Das ist aber eine Größenordnung, die sich die Gemeinde nicht in jedem Haushaltsjahr leisten kann. Es wird deshalb die Aufgabe der Verwaltung und des Gemeinderates sein hier eine finanzierbare Lösung zu finden. Ein weiterer Aspekt bei anstehenden Tiefbauarbeiten muss sicherlich auch die Breitbandversorgung sein. Hier besteht das oben beschriebene Problem, dass die bisherigen Netzbetreiber in der Gemeinde beim leistungsgerechten Ausbau mehr als zurückhaltend sind und das mit schwer nachvollziehbaren grundsätzlichen und wirtschaftlichen Begründungen. Die Gemeinde hat sich deshalb der Breitbandinitiative unter Federführung des Landkreises angeschlossen, wobei aber dadurch noch keine kurzfristige, flächendeckende Lösung erreicht ist. Der innerörtliche Glasfaser-Netzausbau wird nach einem Gutachten auf komplett ca. 14 Mio. € beziffert und es ist offensichtlich, dass die Gemeinde das aus eigenen Mitteln so schnell nicht schultern kann.

Gewerbe- und Wohngebiete

Die erfolgreiche Vermarktung der Grundstücke der Erweiterung des Gewerbegebietes sowie des Neubaugebietes Viermorgen III zeigt deutlich, dass die Gemeinde Teil der Technologieregion Karlsruhe ist, die sich sowohl für die Wirtschaft als auch für Wohnungssuchende nach wie vor sehr attraktiv präsentiert. Ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen ist für die Gemeinde sowohl wegen des Steueraufkommens als auch wegen der Arbeitsplätze sehr wichtig. Darüber hinaus haben wir bei der Optimierung unserer sozialen Infrastruktur ganz offensichtlich nicht alles falsch gemacht, denn trotz vergleichsweise hoher Grundstückspreise ist das Interesse an unserer Gemeinde als Wohn- und Lebensort nach wie vor ungebrochen. Ich bin gespannt wie sich die Diskussionen um die mittelfristige Entwicklung von Wohnbauflächen im Gemeinderat gestalten werden. Hierbei sind viele Faktoren verantwortungsbewusst einzubeziehen und wir können dabei weder ausschließlich auf diejenigen hören, deren Ackergrundstücke im nächsten potentiellen Baugebiet liegen und schnelles Handeln fordern, noch auf die, die ihre Schäflein durch Baugrundstücke im

derzeitigen Neubaugebiet gerade ins Trockene gebracht haben und keinen weiteren Bedarf sehen.

Nur die wichtigsten Themen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich konnte Ihnen hiermit nur die wichtigsten Themen vorstellen, mit denen sich der Gemeinderat in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen muss. Über viele weitere aktuelle Themen, z.B. die inzwischen begonnene Entschlammung des Alten Hafens, haben wir in der Presse berichtet und werden das auch weiterhin tun. Dabei ist vieles dem Grunde nach unabwendbar, trotzdem kann man bei der Umsetzung vieles richtig oder auch falsch machen – wir können uns auf interessante Diskussionen freuen. Insbesondere muss klar sein, dass so umfangreiche Investitionen nicht mehr lediglich aus eigenen Mitteln gestemmt werden können, so dass auch die Finanzierung ein wesentlicher Aspekt sein werden. Aber auch hier bin ich mir sicher, dass bei den anstehenden Haushaltsberatungen viele qualifizierte und sachverständige Meinungen geäußert werden.

Wichtige Weichen stellen, aber auch feiern

Wir wollen in 2015 aber nicht nur ernsthafte kommunalpolitische Fragen erörtern, sondern das 1250. Jubiläum des Ortsteils Eggenstein darüber hinaus zum Anlass nehmen gebührend zu feiern.

...

Die Vorbereitungen zum 1250. Jubiläum der Erstnennung von Eggenstein in 2015 und 2016 laufen bereits seit langem auf vollen Touren. Viele örtliche Vereine und Organisationen werden sich einbringen. Es werden trotzdem auch weiterhin Mitstreiter gesucht, die ihre Ideen und ihr Engagement einbringen wollen. Wir haben ein Jubiläumsbüro in der Verwaltung eingerichtet, das von Regine Hauck betreut wird. An sie kann sich jeder mit Fragen und Anregungen wenden. Auch im Internet können Sie sich ausführlich informieren.

Wie weit sind die Vorbereitungen geraten und was ist noch zu tun?
<Kurzes Gespräch mit Frau Hauck>

Auf einen Veranstaltungstermin möchte ich noch hinweisen. Unser Museumsleiter Wolfgang Knobloch bietet heute zwischen 14:00 und 16:30 die letzten Führungen durch die Ausstellung „Der 1. Weltkrieg“ im Heimatmuseum an. Er würde sich freuen, viele Interessierte begrüßen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne bürgerschaftliches Engagement und Solidarität gibt es keine funktionierende Ortsgemeinschaft. Ein wesentliches Standbein dafür sind die in den Ortskartellen zusammengeschlossenen Vereine und Organisationen. Und ich freue mich sehr, dass die beiden Ortskartelle 40 Jahre nach der Gemeindefusion beschlossen haben ihre Zusammenarbeit weiter zu intensivieren

und sich zusammenschließen. Ich hoffe, dass dies zum Vorteil für alle Betroffenen gereicht.

Dankeschön

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beim letztjährigen Empfang habe ich angekündigt für eine 3. Amtszeit als Bürgermeister zu kandidieren, weil unsere Gemeinde durch weitblickende Entscheidungen des Gemeinderates, durch umsichtiges und effizientes Verwaltungshandeln sowie durch vielfältiges bürgerschaftliches Engagement im regionalen und überregionalen Vergleich hervorragend dasteht und es eine Freude ist sich dafür einzusetzen. Sie haben mir am 30. November 2015 erneut das Vertrauen ausgesprochen und dafür möchte ich mich zum Schluss noch ganz herzlich bedanken.

Ich danke Ihnen außerdem, dass Sie heute so zahlreich zu unserm jährlichen Treffen gekommen sind, dass Sie den zu Ehrenden den gebührenden Respekt gezeigt und nicht zuletzt den Ausführungen des Bürgermeisters so geduldig zugehört haben. Ob Sie nun im Sinne meines Eingangszitates „Visionen eines exponierten Redners zu einem oder mehreren guten Gedanken gehört haben und das noch in angemessener Zeit“ – das möchte ich Ihrer geschätzten Beurteilung überlassen.

Das Neue Jahr birgt genügend Herausforderungen, um interessant und spannend zu werden. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien Gesundheit, Erfolg und Zufriedenheit. Ich hoffe, Sie bleiben noch ein wenig bei uns und erheben mit uns das Glas auf ein gutes Miteinander in 2015.

Vielen Dank